



EGOPIX / ULLSTEIN BILD

Montage bei der Heidelberg Druckmaschinen AG: Jährliche Wohlstandsverluste von 20 Milliarden Euro

ARBEITSMARKT

Beschränkt willkommen

Kaum scheint die Krise überwunden, klagt die deutsche Wirtschaft schon über Fachkräftemangel. Die Folgen des demografischen Wandels gefährden die Zukunft des Industriestandorts. Doch wie müsste eine moderne Zuwanderungspolitik aussehen?

Endlich mal einer, der das Land lobt! „Es ist alles viel besser in Deutschland“, sagt Mohan Sahadevan. „Die Leute auf der Straße sind so freundlich, man bekommt Urlaub von der Arbeit, und sogar die Wochenenden sind frei.“ Außerdem sei es das Land der Ingenieure. Ein Paradies.

Seit fünf Jahren arbeitet der 39-jährige Programmierer in Deutschland. Seine Familie lebt noch immer im indischen Kerala, seine zwei Kinder hat er zuletzt vor zwei Jahren gesehen. 2005 schickte ihn sein damaliger Arbeitgeber Siemens nach

Deutschland – mit einem Visum, das an die Firma gebunden war. Seit einem Jahr ist er bei der Berliner Firma Datango angestellt. Die Mitarbeiter des IT-Unternehmens kommen aus sieben verschiedenen Ländern, fast die Hälfte der Programmierer sind Ausländer. Noch so ein Paradies.

„Wir schreiben unsere Stellen immer international aus“, erklärt Stefan Dahlke, Vizepräsident Software Engineering. „Die besten Leute kommen oft nicht aus Deutschland, sondern aus dem Ausland. Und dann stellen wir natürlich die ein.“ Klingt fast zu schön, um wahr zu sein.

Und tatsächlich hat die Einstellung von Mohan Sahadevan seinen Chef Dahlke etliche Nerven gekostet. Die Aufenthaltsgenehmigung für einen ausländischen Experten kann nämlich nicht einfach von einem auf den nächsten Job übertragen werden. So kam es, dass der Inder sich plötzlich halblegal in Deutschland aufhielt, nachdem er seinen Job bei Siemens gekündigt hatte. Fünf Monate dauerte es, bis das Visum verlängert wurde. Fünf Monate Bangen. Fünf Monate Nervenkrieg.

Ausgerechnet in der Industrienation Deutschland sind qualifizierte Ausländer

nur beschränkt willkommen. Doch damit droht das Land seine Zukunft zu verspielen. Jahrelang hat die deutsche Politik mit einer halbherzigen Zuwanderungs- und Integrationspolitik im internationalen Wettlauf um Talente wertvolle Zeit vertan. Jetzt, da die große Krise gerade ausgestanden scheint, melden sich wieder die Alarmisten zu Wort. In der Wissensgesellschaft sind gutausgebildete Menschen das wichtigste und zugleich knappste Kapital. Während andere Industrienationen seit Jahren um ausländische Fachkräfte buhlen, schreckt die Bundesrepublik Hochqualifizierte bis heute eher ab. Doch die Globalisierung, der demografische Wandel und die Anforderungen der Wirtschaft verlangen nach einer neuen, modernen Zuwanderungspolitik. Viel Zeit zum Kurswechsel bleibt nicht.

Schon klagen die ersten Unternehmen über Fachkräftemangel. Der Hightech-Verband Bitkom gibt an, dass derzeit 20 000 IT-Fachleute gesucht werden. Über 35 000 Ingenieure fehlen, sagt der VDI. Der Mangel zieht sich durch alle Bereiche.

Nach Beobachtungen der Bundesagentur für Arbeit werden im Moment nicht nur Computerspezialisten und Techniker gesucht. Auch Dreher und Schlosser, Schleifer und Sozialarbeiter, Krankenschwestern und Altenpfleger sind schwer zu bekommen.

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) schätzt, dass jährlich aufgrund der Entwicklung schon jetzt Wohlstand im Wert von rund 20 Milliarden Euro verloren geht. Dabei ist das Lamento nicht mal neu. Über das größte Problem wurde jahrzehntelang zwar diskutiert, nun aber wird es aktuell – der demografische Wandel.

Die Bevölkerung schrumpft drastisch. Wenn ab 2015 die ersten Babyboomer in Rente gehen, werden in Deutschland voraussichtlich mehr Menschen aus dem Berufsleben ausscheiden als junge auf den Arbeitsmarkt kommen.

Heute liegt das Potential der Erwerbspersonen bei rund 44,5 Millionen Menschen. In 40 Jahren wären es ohne einen Überschuss bei der Zuwanderung nur noch 26 Millionen. „Man braucht die Zuwanderung und die Geburten bei Zugewanderten schon heute, um den Trend zumindest zu dämpfen“, sagt Herbert Brücker vom Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Davon ist Deutschland allerdings weit entfernt. Aus dem ehemaligen Einwande-

rungs- ist ein Auswandererland geworden. Tatsächlich ist der Saldo seit zwei Jahren negativ. 2008 verließen 56 000 Menschen mehr das Land als zuzogen.

Es war Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle, der in der vorvergangenen Woche das Thema zurück auf die politische Tagesordnung brachte. Der Vor-



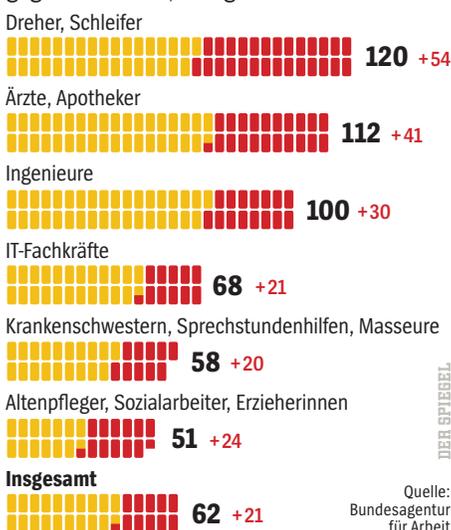
Wirtschaftsminister Brüderle (r.): Falsches Rezept, richtiges Thema

schlag des Liberalen, qualifizierte Fachkräfte mit einem Begrüßungsgeld nach Deutschland zu locken, brachte ihm zwar viel Spott der Experten ein, doch er hatte die richtige Debatte losgetreten.

CSU-Chef Horst Seehofer lehnte den Vorstoß reflexhaft ab. Bundeskanzlerin Angela Merkel ließ ihrem Wirtschaftsminister über einen Sprecher öffentlich ihr Missfallen ausrichten und versuchte die Diskussion zu ersticken: Eine Neuregelung des Zuzugs hochqualifizierter Ausländer plane die Regierung nicht. Basta!

Schwierige Suche

Durchschnittliche Dauer für die Besetzung von Arbeitsplätzen 2009 und Veränderung gegenüber 2005, in Tagen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Probleme sind jedoch so drängend, dass keine Ruhe einkehren wird. Bundespräsident Christian Wulff lässt seine Beamten prüfen, inwieweit die Themen Integration und Zuwanderung bei seiner ersten großen Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit am 3. Oktober eingearbeitet werden können. Wulff geht es nicht in erster Linie um die Frage, wie Firmen hochqualifizierte Ausländer nach Deutschland locken können. Er hält es zunächst für dringend geboten, dass karrierebewusste Deutsche nicht dauerhaft ins Ausland abwandern. Zudem will er sich für eine bessere Ausbildung von Kindern aus Migrantenfamilien starkmachen.

Und auch Länderminister halten sich nicht an Merkels Direktive. „Ein wesentliches Wachstumshindernis für Unternehmen“ sei der Fachkräftemangel, sagt der baden-württembergische Wirtschaftsminister Ernst Pfister (FDP), „der Wettbewerb um die besten Köpfe ist weltweit entbrannt.“ Aus seiner Sicht ent-

hält das Zuwanderungsgesetz nach wie vor zu viele Hürden. Uwe Schünemann (CDU), Innenminister in Niedersachsen, sagt: „Wenn wir wollen, dass hochqualifizierte Arbeitnehmer aus dem Ausland nach Deutschland kommen, müssen wir die Bedingungen für die Arbeitsaufnahme deutlich verbessern.“

In den neuen Bundesländern herrscht ebenfalls die Sorge, dass den Firmen die Akademiker ausgehen könnten. „In Sachsen greift die demografische Entwicklung früher als in anderen Ländern“, sagt der sächsische CDU-Innenminister Markus Ulbig. Schon in zehn Jahren wird jeder dritte Einwohner in Sachsen älter als 65 sein. „An diesen nüchternen Fakten sieht man, dass an qualifizierter Zuwanderung kein Weg vorbeiführt“, sagt Ulbig.

Er möchte das Studium für ausländische Studenten attraktiver machen. Zudem sollen die hohen Mindesteinkommen, zu denen Hochqualifizierte beschäftigt werden müssen, deutlich gesenkt werden. Auch Ulbig sieht Reformbedarf beim Aufenthaltsrecht, das nach wie vor viele ausländische Spezialisten abschreckt.

Traditionell wurden im Wirtschaftswunder-Deutschland Gastarbeiter für die niedrigqualifizierten und schlechtbezahlten Jobs geholt. Da die meist mäßig gebildeten Ausländer nur auf Zeit in Deutschland bleiben sollten, war bis zur Jahrtausendwende Integrationspolitik lediglich der Gegenstand von Debatten, aber nicht Realität.

Doch während die Hilfsjobs der Gastarbeiter als Erstes dem technischen Fortschritt zum Opfer fielen, blieben die Menschen und ihre Familien in Deutsch-

* Bei einer Präsentation im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Oberpfaffenhofen am 20. Juli.

land. Die Folgen sind bis heute in der zweiten und dritten Generation zu besichtigen. In kaum einem anderen Land klafft das Leistungsniveau von Einwandererkindern und einheimischem Nachwuchs so weit auseinander wie in Deutschland.

Erst unter Rot-Grün stellte sich die Bundesrepublik erstmals der Realität als Einwanderungsland. Die Greencard-Initiative von Gerhard Schröder im Jahr 2000 war indes nicht mehr als ein halbherziger Vorstoß. Er scheiterte schon an den absurd hohen Einkommensgrenzen, die ausländische Interessenten nachweisen sollten.

Nur 158 neue ausländische Top-Kräfte erreichten im Jahr 2009 das aktuelle Mindesteinkommen von 66 000 Euro – und das bei einer Zuwanderung von rund 600 000 Ausländern pro Jahr.

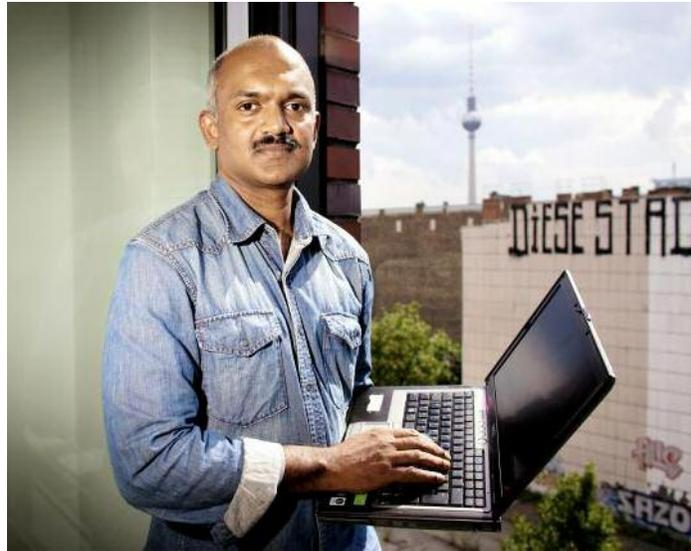
„Deutschland hat im Vergleich zu anderen OECD-Staaten deutlich mehr schlechtqualifizierte Einwanderer. Wir schaffen es nicht, wie Kanada, USA, Neuseeland oder Australien, die Einwanderung gezielt zu steuern“, sagt IAB-Forscher Brücker. Trotz mancher Erleichterungen vor allem für Akademiker und Führungskräfte schottet sich das Land noch immer ab, statt die Tür zu öffnen. Das Zuwanderungsgesetz von 2005 hat die Immigration gedrosselt.

So ist das deutsche Ausländerrecht ein Dickicht, in dem sich selbst Rechtsexperten verheddern. Deshalb benötigt Deutschland eine moderne Zuwanderungspolitik, die in ihren Grundzügen auch gar nicht so schwer wäre:

- ▶ Politik und Gesellschaft müssen sich klar dazu bekennen, dass Einwanderung erwünscht und auf Dauer angelegt ist;
- ▶ die Anforderungen an die künftigen Einwanderer müssen klar definiert, Kontingente festgelegt werden;
- ▶ Bildungs- und Berufsabschlüsse anderer Länder müssen leichter anerkannt werden;
- ▶ Deutschland benötigt ein einheitliches Einwanderungsrecht;
- ▶ mit Erleichterungen im Aufenthaltsrecht und bei der Einbürgerung muss auch Familienangehörigen eine dauerhafte Perspektive gegeben werden;
- ▶ bereits hier lebende Migranten und ihre Kinder müssen besser gefördert und qualifiziert werden;
- ▶ der Staat und die Unternehmen müssen aktiv im Ausland für das Einwanderungsland Deutschland werben.

DIW-Chef Klaus F. Zimmermann fordert eine „Agenda Zuwanderung“ von der Bundesregierung. Doch wie könnte die Operation Fachkraft aussehen?

Der SVR hat vergangenes Jahr ein Modell vorgestellt, das auf drei Säulen steht: ein Punktesystem für Qualifikationen ausländischer Interessenten, eine Engpass-Diagnose und eine sogenannte Akutsteuerung in besonders vom Mangel betroffenen Berufsfeldern. Was arg bürokratisch klingt, würde dennoch Sinn



Programmierer Sahadevan: Mit dem neuen Job erlosch das Visum

machen. „Das ist der einzige Weg aus der Pannensituation, die wir haben“, sagt Klaus Bade, Vorsitzender des Sachverständigenrats.

In der erste Säule „Kriterien“ werden Berufe und Qualifikationen mit Punkten bedacht. Je höher die Qualifikation, desto mehr Punkte gibt es.

Handelt es sich um eine besonders gefragte Qualifikation, wird diese nach der Engpassanalyse mit zusätzlichen Punkten bedacht. Allerdings werden diese Engpässe oft nicht richtig erfasst, da immer weniger Arbeitgeber ihre offenen Stellen bei der Arbeitsagentur melden. Wo der Bedarf besonders dringend ist, soll die „Akutsteuerung“ greifen: Arbeitgeber sol-

len innerhalb von zwei Wochen jeden Top-Qualifizierten einstellen können, egal, woher er stammt, und dafür zwischen 10 und 15 Prozent des späteren Jahresgehalts des Arbeitgebers als Prämie an die Arbeitsagentur zahlen.

Thomas Bauer, Vizepräsident des Essener Wirtschaftsforschungsinstituts RWI, warnt indes davor, sich bei der Einwanderungspolitik nach dem jeweils aktuellen Mangel zu richten. „Da die Menschen dauerhaft hier leben sollen, spielt die Integrationsfähigkeit eine große Rolle“, sagt Bauer.

Natürlich löst eine neue Politik nicht alle Probleme des demografischen Wandels.

Die Bildungsanstrengungen müssen steigen, junge Menschen und Arbeitslose mit fehlenden Abschlüssen müssen weit besser als bisher qualifiziert werden, in Zukunft müssen ebenso mehr Frauen arbeiten wie auch ältere Menschen. Doch die Vorstellung, dass eine gesteuerte Öffnung der Grenzen für ausländische Arbeitskräfte die Einheimischen automatisch

benachteiligt, ist ein Trugschluss. Studien des IAB zeigen, „dass durch Zuwanderung die Arbeitslosigkeit nicht steigt und sie bei qualifizierter Zuwanderung sogar sinkt“, sagt Experte Brücker.

Doch der Glaube, die Arbeitswilligen dieser Welt würden schon nach Deutschland kommen, wenn man sie nur rufe, ist weltfremd.

Ulrich Dietz, Chef der Firma GFT Technologies AG, die IT-Spezialisten aus der ganzen Welt in die ganze Welt vermittelt, erklärt: „Überall – in China, Indien, in Brasilien – sitzen hochmotivierte, begabte Jungingenieure, die wir dazu bringen müssen, nach Deutschland gehen zu wollen.“ Doch Dietz weiß auch: „Die deutsche Gesellschaft muss sich mehr öffnen. Leider werden zum Beispiel Inder immer noch nicht voll akzeptiert.“ Junge Ingenieure gingen oftmals lieber in die USA, die kulturell offener seien.

Cihan Kaplan, 32, hat Maschinenbau in Hannover studiert und wird in einem halben Jahr seine Doktorarbeit über Verfahrenstechnik abgeben. Der Türke lebt seit acht Jahren in Niedersachsen. Die kommenden Monate könnten seine letzten in Deutschland sein: „Ich habe noch keine Ahnung, wo ich mir einen Job suchen werde“, sagt er. Es gebe viele Länder, in denen man als Ingenieur gut arbeiten könne. „Das beste Angebot gewinnt.“ Sein neues Zuhause wird dort sein, wo die beste Karriere wartet.

MARKUS DETTMER, KATRIN ELGER, PETER MÜLLER, FRIEDERIKE SCHRÖTER, JANKO TIETZ

